

# Der Kalte Krieg in Südtirol

## Gut für die Autonomie, schlecht für die Demokratie?

Joachim Gatterer

### Abstract

#### ***The Cold War in South Tyrol. Good for Autonomy, bad for Democracy?***

*The article investigates the ways in which the logic of the Cold War has influenced regional politics in South Tyrol. In this regard, the author distinguishes between the international negotiations about appurtenance to a particular state and about South Tyrolean autonomy on the one hand, and the development of party competition within the region on the other hand. With respect to the solution of the border and autonomy question, the Cold War created a favourable environment, because the immovability of Europe's post-war boundaries rendered a military escalation of the dispute impossible. At the same time, Italy's and Austria's common ties to the West helped promote diplomatic agreement in favour of compromise. Nevertheless, western European reasons of state based on anti-communism hindered the internal development of a democratic political culture. The early Cold War political climate restricted political competition because it informally legitimized the categorical marginalisation of leftist parties and excluded communist parties a priori from governmental coalitions. Viewed in the long term, Cold War anti-communism constituted a phenomenon arising from a period of transition. It absorbed the shock of the systemic break accompanying the passage from fascist and national socialist dictatorship towards multiparty democracy, because it tied in – albeit in alleviated form – with ideological traditions from the late nineteenth and first half of the twentieth century, as well as with the experiences of the Second World War. However, its effectiveness continuously diminished from the 1960s onwards, owing to generational and social changes and ideological transformations within the political spectrum of leftist parties.*

### Außen- und innenpolitische Dimensionen des Ost-West-Konflikts

Die regionalgeschichtliche Forschung hat am Beispiel Südtirol mehrfach nachgewiesen, dass sich Entwicklungen von europäischer Tragweite auch in peripheren Grenzräumen niederschlagen – anschaulich dargestellt am Einsickern nationaler Identitäten ins späthabsburgische Kronland Tirol<sup>1</sup> wie an der regionalen Praxis faschistisch-nationalsozialistischer Umsiedlungspolitik, die Leopold Steurer 1980 unter dem Titel *Südtirol zwischen Rom und Berlin* beispielgebend im überregionalen Kontext verortet hat.<sup>2</sup>

1 COLE, „Für Gott, Kaiser und Vaterland“.

2 STEURER, *Südtirol zwischen Rom und Berlin*.

Für die Auswirkungen des Kalten Krieges auf die Nachkriegsgeschichte Südtirols fehlt bis heute eine Monographie vergleichbaren Zuschnitts. Das politische Kontinentalklima der Jahre 1947–1989 ist in den zahlreichen Publikationen zur Südtiroler Autonomiegeschichte zwar als Rahmenhandlung präsent, doch beschränken sich die untersuchten Rückkoppelungseffekte weitgehend auf die zwischenstaatliche Diplomatie zur Grenz- und Autonomiefrage.<sup>3</sup> Auf deren Lösung hatte die vier Jahrzehnte überschattende Systemkonfrontation zwischen Ost und West weitgehend positive (d. h. befriedende) Wirkung.<sup>4</sup> Als Vorspann zu einer erstmaligen Analyse der eher negativen (demokratiezersetzenden) Auswirkungen des Kalten Krieges auf die regionale Innenpolitik lassen sich die außenpolitischen Effekte für vier Zeitabschnitte in aller Kürze zusammenfassen:

1) Am Vorabend des Kalten Krieges – als sämtliche Grenzkonflikte in Europa auf längere Sicht ‚einzufrieren‘ begannen – wurden die deutschsprachigen Südtiroler mit dem Gruber-De-Gasperri-Abkommen erstmals als ethnische Minderheit in Italien anerkannt. Damit war zwar nicht ihre Maximalforderung nach Rückgliederung an Österreich erfüllt worden, doch stellte die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung ihres Minderheitenstatus (die Ladinler blieben vorerst unberücksichtigt) einen Teilerfolg mit absehbar langer Halbwertszeit dar.<sup>5</sup>

Die Entscheidung der Alliierten, die 1919 gezogene Brennergrenze auch nach 1945 beizubehalten, lässt sich hingegen nicht ausschließlich auf den beginnenden Kalten Krieg zurückführen. Zwar wurde das Desinteresse der Westalliierten an einer Rückgliederung Südtirols an Österreich vom kommunistischen Drohpotential im besetzten Ost-Österreich und an der italienisch-jugoslawischen Grenze flankiert. Zumindest gleichbedeutend erscheint aber die Tatsache, dass unmittelbar nach Kriegsende grundsätzlich ein äußerst geringes Verhandlungspotential deutschsprachiger Minderheiten wie auch der Provisorischen Regierung Österreichs bestand. Sowohl in Südtirol als auch in Österreich hatte sich – verglichen mit dem italienischen Bündniswechsel 1943 und den anschließenden Aktivitäten der *Resistenza* – nur ein bescheidener NS-Widerstand entwickelt, der im Wettstreit mit Italien um die Gunst der Alliierten entsprechend wenig wog.<sup>6</sup> Rolf Steiningers These, Südtirol sei „vorzeitig in die Mühlsteine des Kalten Krieges geraten, und das – und eben nur das – bestimmte schließlich das Schicksal Südtirols“<sup>7</sup>, gilt in der Forschung inzwischen als überholt.<sup>8</sup>

3 Exemplarisch STEININGER, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror. Zur Rolle Österreichs im Kalten Krieg sh. GRAF/MEISINGER (Hg.), Österreich im Kalten Krieg. Zu Italien sh. FORMIGONI, Storia d'Italia nella guerra fredda.

4 Vgl. PALLAVER, South Tyrol, S. 164–166.

5 Vgl. STEININGER, Gruber-De Gasperi-Abkommen, S. 61; GEHLER, Verspielte Selbstbestimmung, S. 73–75.

6 Vgl. PALLAVER, South Tyrol, S. 151–153.

7 STEININGER, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 237.

8 GEHLER, Von der halben Autonomie, S. 326–327.

2) Die globale Systemkonfrontation zwischen den Bündnispartnern der USA und jenen der UdSSR machte zwischenstaatliche Konflikte in Ost- wie Westeuropa spätestens ab 1949 zu Störfaktoren, an deren Eskalation allseits geringes Interesse bestand, denn im beginnenden Atomzeitalter war es für alle Staaten von Vorteil, das internationale Machtgefüge stabil zu halten.<sup>9</sup> In der Südtirolfrage verhinderte diese Stabilitätslogik einerseits bis Mitte der 1950er Jahre die internationale Sanktionierung der italienischen Versäumnisse bei der Implementierung des Autonomiestatuts von 1948. Andererseits war auch eine Steigerung des 1961 aufflammenden Südtirolterrorismus zum militärischen Grenzkonflikt zwischen Österreich und Italien in diesem Kontext unrealistisch. Das NATO-Mitglied Italien und das neutrale Österreich blieben trotz ihrer Differenzen um Südtirol innerhalb der westlichen Wertegemeinschaft stets miteinander verbunden und auch der Vielvölkerstaat Sowjetunion hatte wenig Interesse daran, brisante Grenz- und Nationalitätenkonflikte in Westeuropa über offene Parteipropaganda oder verdeckte Geheimdienstoperationen übermäßig zu stimulieren.<sup>10</sup>

Somit ergab sich aus dem Gefahrenpotential des Kalten Krieges, dass eine neue Antwort auf die schwelende Südtirolfrage einzig auf dem Weg der Diplomatie gefunden werden konnte. Dieser Weg eröffnete sich, als Österreich 1955 seine volle Souveränität wiedererlangt hatte und 1959 über die Anrufung der UNO einen Verhandlungsmarathon mit Italien startete. Die internationale Stabilitätslogik beförderte nun zwar weiterhin das Hinauszögern einer Einigung, doch bestätigte sich in der Südtirolfrage das langwierige Verhandeln immer dann als bessere Strategie, als terroristische Querschüsse wiederholt an die Unmöglichkeit einer militärischen Eskalation erinnerten. Im Sog der westeuropäischen (Wirtschafts)Integration mündeten die diplomatischen Bemühungen um die Befriedung Südtirols Ende der 1960er Jahre in die Verständigung auf das umfangreiche „Südtirolpaket“, dessen schrittweise Implementierung 1972 mit Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts begann.<sup>11</sup>

3) Als das Stabilitätsgefüge des Kalten Krieges international (mit dem US-amerikanischen Rückzug aus Vietnam 1975) wie auch in Italien (mit der faktischen Regierungsbeteiligung der KPI 1976–1978) langsam ins Wanken geriet,<sup>12</sup> blieb der breit erarbeitete Konsens zugunsten der erweiterten Südtirolautonomie davon unbeschadet. Die pro-autonomistischen Parteien des Zentrums und der Linken, die in Rom und Bozen über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten schrittweise die Umsetzung der Paketmaßnahmen voll-

9 Vgl. HOBBSAWM, *Zeitalter der Extreme*, S. 288.

10 Vgl. PALLAVER, *South Tyrol*, S. 157–160.

11 Vgl. ebenda, S. 157–160.

12 Vgl. WESTAD, *Der Kalte Krieg*, S. 529–532; HOBBSAWM, *Zeitalter der Extreme*, S. 308–311.

zogen, erreichten bis Anfang der 1990er Jahre national wie regional breiten Wählerzuspruch.<sup>13</sup> Die neofaschistische Kritik an der Verteilung öffentlicher Ressourcen nach „ethnischem Proporz“ und eine dritte, secessionistische Attentatswelle konnten diesen Konsens in den 1980er Jahren unter deutsch- wie italienischsprachigen Südtirolern nur abschwächen, aber nicht brechen.<sup>14</sup>

4) Mit Umsetzung der letzten Paketmaßnahmen und der anschließenden Streitbeilegung zwischen Österreich und Italien wurde die Südtirolautonomie 1992 vollendet, kurz nachdem die bipolare Weltordnung mit dem Zerfall des Warschauer Pakts ihrer Auflösung entgegenging. Südtirols Provinzialautonomie erwies sich nun auch bei gelockertem Korsett als regional stabilisiert und national fest verankert. In Italien blieb sie von den politischen Krisen unbeschadet, die mit dem Kollaps der alten Massenparteien langfristig aufbrachen; im parteipolitisch stärker fragmentierten Parlament gewannen die wenigen Südtiroler Abgeordneten sogar an Gewicht und konnten den Ausbau der regionalen Selbstverwaltung weiter vorantreiben.<sup>15</sup>

Vom deutschsprachigen Ausland her hätte das Exempel der Wiedervereinigung Deutschlands zeitgleich secessionistischen Tendenzen Auftrieb geben können, doch vermochte das Einreißen der deutsch-deutschen Grenze den jahrzehntelang gehegten Wunsch nach einer Wiedervereinigung Tirols nicht mehr anzufachen. Die Autonomie garantierte der überwiegenden Mehrheit der Südtiroler inzwischen kulturelles Selbstbewusstsein und wirtschaftliche Prosperität. Ab 1998 machte das Schengenabkommen die Grenzen zwischen Italien und Österreich (das 1995 der EU beigetreten war) ohnehin durchlässiger. Der Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien tat das Übrige, um den Südtirolern zu veranschaulichen, wie schnell befriedete ethnische Konflikte bei entsprechender Stimulierung aufs Neue in eine Gewaltspirale münden können.<sup>16</sup>

\*\*\*

Wie eingangs erwähnt, prägte der Kalte Krieg nicht nur die internationale Diplomatie, sondern auch die Innenpolitik der verschiedenen Staaten und Regionen Europas. Während die Sowjetunion nach Ende des Zweiten Weltkriegs in ihrer Einflussphäre daranging, antikapitalistische Volksdemokratien zu installieren, in denen die Herrschaft der jeweiligen kommunistischen Partei unanfechtbar war, wurde in Westeuropa nach 1947 allen kommunistischen

13 Vgl. DI MICHELE, *Storia dell'Italia repubblicana*, S. 462–463; PALLAVER, *Südtirols Parteien*, S. 272–279.

14 Vgl. STEININGER, *Südtirol im 20. Jahrhundert*, S. 523–525.

15 Vgl. HEISS, *Fortschritt*, S. 222–223.

16 Vgl. ebenda.

Parteien die Beteiligung an nationalen Koalitionsregierungen verwehrt. Keiner kommunistischen Partei gelang es seither, bei nationalen Wahlen auch nur annähernd die absolute Stimmenmehrheit zu erlangen; in der Bundesrepublik Deutschland wurde die KPD 1956 verboten. Im Kalten Krieg stand somit der osteuropäischen Staatsräson des Antikapitalismus der transatlantische Antikommunismus gegenüber.<sup>17</sup>

Zumal sich Südtirol auf der Westseite des Eisernen Vorhangs befand, versucht der vorliegende Beitrag das Wirken des Antikommunismus im regionalen Parteienwettbewerb erstmals in seinen Grundzügen zu umreißen. Immerhin stellt die Frage, wie auf den Trümmern faschistisch-nationalsozialistischer Diktaturen eine Parteiendemokratie gefestigt werden konnte, eine „Kardinalfrage der Demokratiegeschichte nach 1945“<sup>18</sup> dar. Der spezifische Antikommunismus des Kalten Krieges – so die erste These – wirkte diesbezüglich auch im Südtiroler Maßstab als „konsensfähige Integrationsideologie“<sup>19</sup>, die den Systembruch am Ende des Zweiten Weltkrieges wie auch den ethnischen Konflikt in der Region überbrückbar machte. Der Antikommunismus konnte diese Klammerfunktion erfüllen, weil er auf breiten historischen Fundamenten aufbaute und gleichzeitig mit den nationalen und internationalen Rahmenbedingungen der Jahre 1947–1991 übereinstimmte.

Obwohl der Antikommunismus nach 1945 nicht (mehr) allumfassend wirkte und gegen Ende des Kalten Krieges an Prägekraft verlor, behinderte er – so die zweite Annahme – die Ausbildung einiger Facetten der demokratischen Kultur in der Region. Er schränkte (1.) die Koalitionsoptionen für Regierungsbildungen (und damit indirekt die Wahloptionen) ein, da er die kommunistische Partei (mit Einschränkung auch sozialistische und sozialdemokratische Gruppierungen) a priori für nicht regierungsfähig erklärte. Zudem reduzierte er (2.) den politischen Wettbewerb unter den Parteien, zumal er die kategorische Ausgrenzung und Diffamierung linker Parteien im öffentlichen Diskurs rechtfertigte. Auch in Südtirol entstand dadurch das für Westeuropa typische, von Christdemokraten dominierte *postwar model of democracy*.<sup>20</sup>

## Das historische Substrat des Antikommunismus

In der Forschung herrscht keineswegs Einigkeit darüber, in welchem Umfang und in welchen Ausprägungen der Antikommunismus ganzheitlich zu fassen ist. Epochenübergreifend erscheint er als Ideologie, die von Existenzängsten getragen wird und diese Ängste gleichermaßen beschwört – insbesondere die Angst vor dem Umsturz der etablierten Ordnung, vor dem Verlust von

17 HOBBSAWM, *Zeitalter der Extreme*, S. 300–302.

18 GATZKA, *Demokratie der Wähler*, S. 33.

19 CREUZBERGER/HOFFMANN, *Antikommunismus*, S. 5.

20 Zum *postwar model of democracy* siehe CONWAY, *Democracy*.

Klassenprivilegien und dem Entzug von Privatbesitz.<sup>21</sup> Diese Handlungsmotive finden sich bei Gegnern radikaler Sozialreformen in allen historischen Epochen;<sup>22</sup> im Tiroler Raum ging die Niederschlagung des frühneuzeitlichen Bauernaufstands um Michael Gaismair als Ereignis von konterrevolutionärer Bedeutung in die Geschichte ein.<sup>23</sup>

Im engeren Sinn stellt der Antikommunismus offenkundig die Gegenbewegung zum Kommunismus dar, wie er in den Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels Mitte des 19. Jahrhunderts in Erscheinung trat. Vor dem Hintergrund der industriellen Revolution prophezeite diese Spielart kollektivistischer Ideologie die Auflösung ständisch-nationaler Ordnungen zugunsten einer nicht näher definierten klassenlosen Gesellschaft.<sup>24</sup> In Tirol kam eine marxistisch inspirierte Arbeiterbewegung nie über den Status einer Randerscheinung hinaus, doch gab die pure Existenz einer ideologischen Antithese auch den regionalen Eliten Anlass, ein heterogenes Bündel an Abwehrstrategien zu entwickeln:

a) Der habsburgische Staatsapparat sah sich durch Sozialismus und Kommunismus in seinen monarchischen Grundprinzipien infrage gestellt und nutzte das vorhandene Repertoire seiner Repressionsmaßnahmen (Polizeiüberwachung, Pressezensur, restriktives Vereinsrecht), um die Ausbreitung sozialistischer Arbeiterbildungsvereine und Gewerkschaften einzuhegen. Die politische Mitbestimmung der 1889 legal gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAP) schränkte das für untere Gesellschaftsschichten nachteilige Kurienwahlrecht im Reichstag und in den Landtagen bis Anfang des 20. Jahrhunderts verlässlich ein.<sup>25</sup> Die späte und schwach ausgeprägte Industrialisierung Tirols trug ein Übriges dazu bei, dass dort die erste Regionalorganisation der SDAP erst 1890 entstand und bis 1914 ohne Landtagsmandat blieb.<sup>26</sup>

b) Die katholische Kirche wurde von der aufgeklärten Religionskritik des Kommunismus herausgefordert, gegen die sie publizistisch zu Felde zog. Der jüdische Hintergrund prägender Persönlichkeiten des frühen Sozialismus beförderte hierbei das Anknüpfen an antisemitische Stereotype. Auch das katholische Organ *Der Tiroler* warnte seine Leser 1904, dass die Sozialdemokratie

21 DOERING-MANTEUFFEL, Antikommunismus in seiner Epoche, S. 11–15.

22 Zur epochenübergreifenden Genese von Kommunismus und Antikommunismus sh. überblicksmäßig BEER, Allgemeine Geschichte; FAULENBACH, Erscheinungsformen des „Antikommunismus“.

23 Zu Gaismair und dessen Landesordnung informiert ausführlich MACEK, Tiroler Bauernkrieg.

24 MARX/ENGELS, Manifest der Kommunistischen Partei; vgl. PRIESTLAND, Weltgeschichte des Kommunismus, S. 76–77.

25 Vgl. OBERKOFER, Tiroler Arbeiterbewegung, S. 12–16; REINALTER, Geschichte der Demokratie in Tirol, S. 284–290.

26 Zum Parlamentarismus im Tirol des 19. Jahrhunderts informiert ausführlich SCHÖBER, Geschichte des Tiroler Landtages.

„bekanntlich unter der Kuratel des jüdischen Geldsackes“ stünde,<sup>27</sup> obwohl gerade in der Führungsriege der Tiroler Sozialdemokraten keine Juden vertreten waren.<sup>28</sup> Jenseits der Negativpropaganda stimulierte das Aufkommen sozialistischer Ideen die Kirche zur Erarbeitung eigener Antworten auf die soziale Frage. Die päpstliche Sozialzyklika *Rerum Novarum* legte diesbezüglich das ideologische Fundament für christlichsoziale Arbeiter- und Gesellenvereine, die in Tirol bereits seit den 1850er Jahren Wanderarbeitern entgegengetreten waren, die sozialistische Ideen nach Tirol importierten.<sup>29</sup>

c) Tirols nationalliberales Bürgertum, das selbst in Opposition zu Kirche und Monarchie stand, hatte mit Gründung der ersten Arbeiterbildungsvereine maßgeblich zum Aufkommen sozialistischer Emanzipationsideale beigetragen.<sup>30</sup> Die Zuspitzung der habsburgischen Nationalitätenkonflikte rückte liberalsozialistische Interessenskonvergenzen um die Jahrhundertwende allerdings in den Hintergrund.<sup>31</sup> Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte der übersteigerte Nationalismus gegenüber dem sozialistischen Internationalismus europaweit die Oberhand gewonnen. Die Wandlung Cesare Battistis vom Trentiner Sozialisten zum Irredentisten, und seine Hinrichtung als Hochverräter durch ein österreichisches Militärgericht, geriet in diesem Kontext zum breit rezipierten Exempel, in dem sich das Scheitern des Sozialismus an nationalen Gegensätzen manifestierte.<sup>32</sup>

Einen Qualitätssprung erlebte der Antikommunismus nach dem Ersten Weltkrieg im italienischen Faschismus, der sich nicht mehr auf das Eindämmen der sozialistischen Arbeiterbewegung beschränkte, sondern danach trachtete, sie gänzlich zu eliminieren.<sup>33</sup> Dabei begriff sich der Faschismus als Gegenpart zum Marxismus-Leninismus, von dem er zwei Wesensmerkmale übernahm: die gesteigerte Gewaltbereitschaft und den Willen zur uneingeschränkten Macht.<sup>34</sup>

Wenngleich der Faschismus in Südtirol in erster Linie durch spezifische Entnationalisierungsmaßnahmen breitenwirksam in Erscheinung trat, richtete er sich vor Ort auch gegen das sozialistische Arbeitermilieu.<sup>35</sup> Dessen

27 Der Tiroler, 11.05.1907, S. 8.

28 Zu den Lebensgeschichten führender Sozialdemokraten der Gründergeneration sh. HOFMANN/SCHREIBER (Hg.), Sozialdemokratie in Tirol.

29 Zu katholischen Arbeitervereinen in Tirol sh. PLATTNER, Fin de Siècle in Tirol, S. 196–209. Zur Rezeption von *Rerum Novarum* in Tirol informiert ausführlich: Geschichte und Region / Storia e regione 2 (1993), 1.

30 Vgl. OBERKOFLER, Tiroler Arbeiterbewegung, S. 17–34.

31 Zu Entwicklung des Nationalliberalismus in der Habsburgermonarchie einschließlich Tirol informiert ausführlich HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler.

32 Zu Cesare Battisti sh. KRAUS, Die letzten Tage der Menschheit, S. 507 f.; GATTERER, Unter seinem Galgen.

33 OSTI GUERRAZZI, Antikommunismus, S. 162.

34 Vgl. GERWARTH, Geburt des Antibolschewismus, S. 51–59; WIRSCHING, Antikommunismus als Querschnittsphänomen, S. 18.

35 Über die Konsolidierungsphase des Faschismus in Südtirol informiert ausführlich LECHNER, Die Eroberung der Fremdstämmigen.

Zerschlagung gelang ihm – im Gegensatz zur vollständigen Italianisierung der Region – mit drei aufeinanderfolgenden Maßnahmen:

1) In der frühen parteipolitischen Auseinandersetzung beschränkten sich die Faschisten nicht mehr auf Negativpropaganda gegen Sozialisten und Kommunisten, sondern suchten die gewaltsame Konfrontation. Zumal die politische Linke in Südtirol im Gegensatz zu den sozialistischen Hochburgen Nord- und Mittelitaliens schwach organisiert war, genügte 1923 die Besetzung des Bozner Gewerkschaftshauses durch faschistische *Squadre*, um Partei- und Presseaktivitäten der Sozialdemokratie zu beenden.<sup>36</sup>

2) Als Regierungspartei schaltete der Faschismus den demokratischen Parlamentarismus mit einer Reihe von Sondergesetzen aus (*leggi fascistissime*), die auch jedweden Aktionismus im Sinne des Sozialismus für strafbar erklärten.<sup>37</sup> Die Führungskader der Südtiroler Kommunisten, Gebhard Haslinger und Silvio Flor jun., flohen 1925/26 vor entsprechenden Strafanordnungen ins benachbarte Österreich.<sup>38</sup> Den Vinschgauer Sebastian Habicher verurteilte das faschistische Sondergericht (*Tribunale speciale*) 1927 wegen Verteilung kommunistischer Flugblätter zu vier Jahren und sechs Monaten Haft.<sup>39</sup>

3) Nachdem sich das faschistische Regime Mitte der 1920er Jahre konsolidiert hatte, unterdrückte es das Wiederaufkeimen sozialistischer Traditionen durch strenge geheimdienstliche Überwachung und Einbindung der Arbeiter in eigene Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen.<sup>40</sup> Im Umbau des Bozner Gewerkschaftshauses zum Sitz der faschistischen Freizeitorganisation *Dopolavoro* manifestierte sich der Traditionsbruch mit dem Sozialismus 1935 auch architektonisch.<sup>41</sup> Die gesteigerte Migration durch staatlich forcierte Zuwanderung italienischer Arbeiter und ihrer Familien bei gleichzeitiger Abwanderung deutschsprachiger Südtirolerinnen und Südtiroler (infolge des deutsch-italienischen Umsiedlungsabkommens von 1939) führte in der Region darüber hinaus zu einer überproportionalen Fluktuation in den unteren Gesellschaftsschichten, was nach 1945 das Anknüpfen an sozialistische Traditionen zusätzlich erschwerte.<sup>42</sup>

36 Über die Besetzung des Bozner Gewerkschaftshauses berichtet der Zeitzeuge REUT-NICOLUSSI, Tirol unterm Beil. Über den Aufstieg des Faschismus informiert überblicksmäßig WOLLER, Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert, S. 77–94.

37 Vgl. WOLLER, Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert, S. 95–103.

38 Zu den Biographien der Südtiroler Kommunisten Gebhard Haslinger und Silvio Flor jun. sh. GATTERER, Die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung, S. 60.

39 Archivio Centrale dello Stato, Casellario Politico Centrale, Busta 2600 Habicher Sebastiano.

40 Vgl. FRANZINELLI, In den Fängen der OVRA; PAVAN, Lo stato sociale del fascismo.

41 GATTERER, Im regionalen Unterbewusstsein, S. 53.

42 PALLAVER, Die Option, S. 22; STEININGER, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 113–116.



Der Nationalsozialismus trieb den Antikommunismus in den 1930er Jahren auf die Spitze, indem er von der innenpolitischen Repression sozialdemokratischer und kommunistischer Organisationen zur militärischen Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“ im kontinentalen Maßstab überging. Diese Zielsetzung stand bereits hinter der deutsch-italienischen Militärintervention im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) und gipfelte im beispiellosen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion (1941–1945).<sup>43</sup> Südtirol geriet vollends in den Sog dieser verheerenden Entwicklung, zumal der Nationalsozialismus ab 1933 im *Völkischen Kampfring Südtirols* zum wesentlichen Bezugspunkt der deutschsprachigen Südtiroler avancierte und sich das Regime Mussolinis ab 1936 außenpolitisch an das Deutsche Reich annäherte.<sup>44</sup> Aus der Verstrickung in den antikommunistischen Vernichtungskampf ergaben sich im Wesentlichen drei Konsequenzen, die den Kontext für die Fortsetzung antikommunistischer Politik im Kalten Krieg aufbereiteten:

1) Spätestens mit dem Überfall auf die Sowjetunion hatte der Antikommunismus jenseits seiner nationalen und ideologischen Partikularismen auch einen supranationalen Charakter erhalten. Der Ostfeldzug stellte allein aufgrund seiner geographischen und militärischen Dimension ein weltgeschichtliches Ereignis dar,<sup>45</sup> wurde aber auch von der Propaganda der Achsenmächte nicht als nationaler, sondern als „europäischer Kreuzzug gegen den Bolschewismus“<sup>46</sup> inszeniert. An diese nationsübergreifende, kulturgeschichtliche Argumentationslinie gegen den Kommunismus konnten in den 1950er Jahren auch in Südtirol die Konzepte einer „abendländischen“ Kulturgemeinschaft (in Abgrenzung zu einem slawisch-orientalisch etikettierten Kommunismus) und die Idee des „freien Europa“ (als Gegensatz zum Totalitarismus stalinistischer Prägung) anknüpfen.<sup>47</sup>

2) Der Kampf gegen den Kommunismus beschränkte sich nicht mehr auf politisierte Teilbereiche der Gesellschaft (Parteien, Polizeibehörden, Vorkampfordorganisationen), sondern erfasste die regionale Öffentlichkeit Südtirols

43 Vgl. WILDT, Antikommunismus und Nationalsozialismus, S. 105–109.

44 Vgl. STEININGER, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 144–146 u. 153–165.

45 1941 standen rund vier Millionen Soldaten der Achsenmächte rund drei Millionen sowjetischen Soldaten gegenüber. Zu den detaillierten Zahlen siehe GLANTZ, *Stumbling Colossus*, S. 295.

46 Dieses Narrativ übernahm auch die faschistische Regionalpresse Südtirols. *Alpenzeitung*, 28.06.1941, S. 1.

47 Vgl. hierzu die Südtiroler Zeitschrift *Der Standpunkt. Wochenzeitung für abendländische Kultur, Politik und Wirtschaft*. Die Zeitschrift erschien von 1947 bis 1957 und widmete sich bereits in ihrer ersten Ausgabe der „brennende[n] Frage [...] : Abendland oder Bolschewismus?“. Hinsichtlich der Blattlinie wie auch des Mitarbeiterstabs, der aus ehemaligen NS-Kollaborateuren bestand, ist sie mit den antikommunistischen Zeitschriften vergleichbar, die vom US-amerikanischen *Congress for Cultural Freedom* finanziert wurden, z. B. *FORVM* in Österreich, *Tempo presente* in Italien und *Der Monat* in der BRD. Vgl. *Der Standpunkt*, 29.08.1947, S. 7; TRAJFOJER, *La Voce del Padrone*; DOERING-MANTEUFFEL, *Der Antikommunismus in seiner Epoche*, S. 23.

in ihrer Gesamtheit. Insbesondere involvierte die angelaufene Kriegsmaschinerie alle wehrfähigen Männer, die in Armee- und SS-Verbänden sowohl an Kampfhandlungen als auch an Kriegsverbrechen beteiligt waren, die in vier Jahren 27 Millionen (!) sowjetische Todesopfer forderten.<sup>48</sup> Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion stellte somit für eine ganze Generation einen traumatischen erinnerungsgeschichtlichen Bezugspunkt dar, der eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auch nach 1945 erschwerte.

3) Mit der absehbaren Niederlage der Achsenmächte geriet antikommunistische Politik in Europa erstmals unter massiven Rechtfertigungsdruck. Das Wissen um die innenpolitischen Repressalien und die Verbrechen an der Ostfront schürte panische Ängste vor Vergeltung.<sup>49</sup> Daher bestand in weiten Teilen der (regionalen) Bevölkerung im Frühjahr 1945 das Interesse, einen antikommunistischen Grundkonsens mit den Westalliierten aufrechtzuerhalten, um dadurch schwersten Bestrafungen durch eine sowjetische beziehungsweise kommunistische Siegerjustiz zu entgehen.<sup>50</sup>

### Kontinuitäten des Antikommunismus im Kalten Krieg

Das 1941 geschlossene Bündnis der Westalliierten mit der Sowjetunion und ihr gemeinsamer Sieg über die Achsenmächte bewirkte auch in Südtirol einen politischen Systembruch. Das *Allied Military Government* erlaubte im Mai 1945 die legale Gründung demokratischer Parteien und betrieb mit Einsetzung von Säuberungskommissionen die Entfernung ehemaliger Faschisten und Nationalsozialisten aus der öffentlichen Verwaltung.<sup>51</sup> Dennoch konnten Sozialdemokraten und Kommunisten die Übergangszeit von der Befreiung 1945 bis zur Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947 aus drei wesentlichen Gründen nicht nutzen, um die Fundamente des Antikommunismus gänzlich zu beseitigen:

48 Zur Südtiroler Beteiligung am Überfall auf die Sowjetunion in den Reihen der Waffen-SS informiert CASAGRANDE, Südtiroler in der Waffen-SS. Zu Südtirolern in der Wehrmacht siehe die subjektiven Erinnerungen von RAFFEINER, Wir waren keine Menschen mehr. Zu den Opferzahlen der Sowjetunion siehe HARTMANN, Unternehmen Barbarossa, S. 115 f.

49 Vgl. DOERING-MANTEUFFEL, Der Antikommunismus in seiner Epoche, S. 19 f.

50 Das nationalsozialistische *Bozner Tagblatt* versuchte in seiner letzten Ausgabe vom 3. Mai 1945 den Überfall auf die Sowjetunion gegenüber den Westalliierten zu rechtfertigen: „Auch wir glauben, dass eine Weltordnung kommen muss, die nicht nur künftige Kriege verhindert, sondern auch die restlichen Brandherde für eine neue grosse Auseinandersetzung beseitigen soll. Man kann aber eine neue Ordnung nicht dadurch schaffen, dass man Kompromisse mit dem Bolschewismus eingeht. [...] Vier Jahre lang hat Deutschland in einem heldenhaften Ringen ohnegleichen das Bollwerk Europas gegen die bolschewistische Gefahr gebildet. Die deutsche Front hätte Europa vor dem Bolschewismus bewahren können, wenn sie den Rücken frei gehabt hätte.“ *Bozner Tagblatt*, 03.05.1945, S. 1. Vgl. HOBBSAWM, Zeitalter der Extreme, S. 301 f.; FAULENBACH, Erscheinungsformen des „Antikommunismus“, S. 6.

51 Vgl. HEISS/PFEIFER, Einleitung, S. 10–13.

1) Die Legalisierung der Parteien hatte das sozialistische Lager dem bürgerlichen formal gleichgestellt, die strukturellen Ungleichheiten aber nicht beseitigt. Die Südtiroler Volkspartei (SVP) und die *Democrazia Cristiana* (DC) konnten zu erheblichen Teilen auf kirchliche Strukturen und informelle Personennetzwerke aufbauen, die in Südtirol auch unter faschistisch-nationalsozialistischer Herrschaft mit Einschränkungen weiterbestanden hatten.<sup>52</sup> Sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsressourcen aus altösterreichischer Tradition waren vom Faschismus indes vollständig zerstört oder einkassiert worden. Die regionalen Ableger von *Partito Socialista Italiano* (PSI), *Partito Socialista Democratico Italiano* (PSDI) und Kommunistischer Partei Italiens (KPI) stellten 1945/46 de facto Neugründungen dar, deren Aktivisten sich überwiegend aus dem Milieu italienischer Industriearbeiter rekrutierten, die zum Großteil erst seit wenigen Jahren in der Region ansässig waren.<sup>53</sup>

2) Die Entfernung von Faschisten und Nationalsozialisten aus der öffentlichen Verwaltung verlief in Südtirol wie auch im restlichen Staatsgebiet unzureichend. Zum einen waren „wilde Säuberungen“ aufgrund des späten Kriegsendes und der lokal schwach ausgeprägten Widerstandsbewegung weitgehend unterblieben. Zum anderen ergingen im Verlauf der legalen Säuberungsprozesse überwiegend milde Urteile, zumal sich Deutsche wie Italiener entweder als Opfer der jeweils anderen inszenieren konnten oder im Bewusstsein beidseitiger Schuld von einer Bestrafung des jeweils anderen absahen. Die rasche Beendigung der juristischen Aufarbeitung (Amnestiegesetz 1946, Einbürgerung der Südtiroler Optanten 1948) trug abschließend dazu bei, dass ehemalige Faschisten und NS-Kollaborateure am Beginn des Kalten Krieges in der Region wieder höchste Partei- und Regierungsämter bekleiden konnten.<sup>54</sup>

3) Aufgrund der personellen und strukturellen Defizite waren Sozialdemokraten und Kommunisten nicht in der Lage, im zentralen regionalpolitischen Diskurs jener Jahre – der Frage nach Staatszugehörigkeit und Autonomierechten Südtirols – die Themenführerschaft zu übernehmen. Im Bewusstsein der eigenen Schwäche reihten sie sich in entgegengesetzte nationale Blöcke ein, zumal die bürgerlichen Parteien vor dem Hintergrund der laufenden Friedensverhandlungen und der kommunistischen Regierungsbeteiligung

52 Vgl. PALLAVER, Südtirols politische Parteien 1945–2005.

53 GATTERER, „fote milben im gefieder“, S. 127.

54 Über Ablauf und Resultate der Säuberungen in Südtirol informieren PALLAVER, Schlamm drüber; DI MICHELE, L'Alto Adige e la „doppia“ epurazione. Zu den personellen Kontinuitäten sei exemplarisch auf den NS-Hintergrund des ersten Landeshauptmanns von Südtirol, Karl Erckert, und den ersten Vorsitzenden der *Democrazia Cristiana* in Südtirol, Angelo Facchin, hingewiesen. Siehe hierzu STEURER, Südtirol 1943–1946, S. 56f.

in Rom auf antikommunistische Agitation verzichteten.<sup>55</sup> Südtirols Sozialdemokraten konstituierten sich 1946 infolgedessen unabhängig vom PSI und unterstützten – wie auch der aus der KPI ausgetretene Silvio Flor jun. – die SVP-Forderungen nach Selbstbestimmung, später nach einer Provinzialautonomie für Südtirol. Auf italienischer Seite trugen PSI und KPI als integrale Bestandteile des *Comitato di Liberazione Nazionale* (CLN) die Konstituierung der Autonomen Einheitsregion Trentino-Tiroler Etschland mehrheitlich mit.<sup>56</sup>

Die ersten Regional- und Landtagwahlen vom November 1948 bestätigten die bürgerlich-konservative Vorherrschaft in beiden nationalen Blöcken. Der SVP war es gelungen, den Landtagseinzug der Sozialdemokratischen Partei Südtirols (SDPS) zu verhindern und sich als alleinige Sammelpartei der Südtiroler zu behaupten. Unter den italienischen Parteien der Provinz blieb der Pluralismus zwar erhalten, doch erwiesen sich PSI, PSDI und KPI mit jeweils einem Mandat gegenüber dem Mitte-Rechts-Lager aus DC (zwei Mandate), Unabhängigen und Neofaschisten (je ein Mandat) als unterlegen.<sup>57</sup> Darüber hinaus blieben auch unter Südtirols Italienern nationale Einheitsbestrebungen bestehen. Noch anlässlich der Parlamentswahlen des Jahres 1953 versuchten DC, PSI und der neofaschistische *Movimento Sociale Italiano* (MSI) den Kommunisten Silvio Bettini-Schettini von einer Kandidatur auf einer italienischen Einheitsliste zu überzeugen, was die KPI unter Berufung auf ihre sprachgruppenübergreifende Ausrichtung ablehnte.<sup>58</sup>

\*\*\*

Das internationale Revival des Antikommunismus fiel 1947/48 aus Sicht der bürgerlichen Parteien in einen günstigen Zeitraum. Mit Inkrafttreten der italienischen Verfassung (einschließlich des ersten Autonomiestatuts für Trentino-Südtirol) waren im Jänner 1948 die letzten Fundamente des neuen politischen Systems gelegt worden; hierfür hatte es – analog zu den internationalen Friedensverhandlungen 1945/46 – breiter politischer Mehrheiten unter Einbeziehung der Sowjetunion beziehungsweise der KPI bedurft.<sup>59</sup> Im Falle der Grenz- und Autonomiedebatte um Südtirol war der Schulterschluss mit der Linken sowohl auf deutsch- wie auf italienischsprachiger Seite zumindest von Vorteil gewesen.

55 Das SVP-Parteiorgan *Volksbote* erinnerte 1946 wohlwollend an die Parlamentsinterventionen der italienischen Sozialisten zugunsten der Südtiroler aus dem Jahr 1920. *Volksbote*, 07.03.1946, S. 1 und 14.03.1946, S. 2–3.

56 GATTERER, „rote milben im gefieder“, S. 108f.; STEININGER, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 421–433; Gesellschaft der Freunde Südtirols (Hg.), Südtirol im Jahre 1947, S. 13–14.

57 Sh. die Wahlergebnisse in Südtiroler Landesregierung (Hg.), Südtirol Handbuch, S. 77.

58 *Der Spiegel*, 29.04.1953, S. 21–24.

59 Über die Auswirkungen des beginnenden Kalten Krieges auf die italienische Politik informiert überblicksmäßig WEBER, Italiens Weg in die NATO.

Nach Klärung der verfassungsrechtlichen Grundsatzfragen fiel die Notwendigkeit für derart breite Regierungsmehrheiten auf absehbare Zeit weg. Der Antikommunismus erleichterte es den christdemokratischen Parteien nunmehr, ihre bereits latent vorhandene Vorherrschaft im neuen politischen System zu stabilisieren. Auch in Südtirol wurde der Antikommunismus in diesem Sinn in mindestens vier Bereichen reaktiviert:

1) Bei Koalitionsbildungen auf Provinzialebene übernahmen SVP und DC von 1948 bis 1993 den Grundsatz der römischen Regierungsparteien, die KPI nicht in Regierungskoalitionen aufzunehmen (*conventio ad excludendum*), obwohl die Mandatsverteilung im Südtiroler Landtag bis in die 1980er Jahre Koalitionen der SVP mit PSDI, PSI und KPI unter Ausschluss der DC theoretisch möglich gemacht hätte.<sup>60</sup> Das Bündnis SVP-DC war aber in dreierlei Hinsicht opportun: Es garantierte stabile Landesregierungen, weil beide Parteien in ihrer jeweiligen Sprachgruppe die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hinter sich vereinen konnten; es begünstigte das Verhandlungsklima zwischen Provinzialverwaltung und Zentralregierung, weil in parteipolitischer und weltanschaulicher Hinsicht größtmögliche Gemeinsamkeiten zwischen Staats- und Provinzvertretern bestanden;<sup>61</sup> und indem insbesondere die SVP als Partei einer ethnischen Minderheit die antikommunistische Staatsräson Italiens respektierte und Bündnisangebote der KPI ablehnte, konnte sie ihre Dialog- und Kompromissbereitschaft gegenüber der Zentralregierung unterstreichen.

2) Im Bereich der Arbeiterorganisation – wo die Linke den Christdemokraten in den ersten Nachkriegsjahren punktuell überlegen war – knüpften katholische Vereinigungen an die antikommunistische Tradition des 19. Jahrhunderts an und organisierten sich im gesamtstaatlichen wie im regionalen Rahmen in Konkurrenz zu sozialistischen Vorfeldorganisationen. Die Brixner Kurie betrieb 1948 die Gründung des erklärt antikommunistischen Katholischen Verbandes der Werktätigen (KVW) und förderte dessen enge Zusammenarbeit mit den *Associazioni Cristiane Lavoratori Italiani* (ACLI).<sup>62</sup> Auf Gewerkschaftsebene vollzogen Südtirols Christgewerkschafter im selben Jahr den Austritt aus der kommunistisch geführten Einheitsgewerkschaft *Confederazione Generale Italiana del Lavoro* (CGIL) mit und schlossen sich als Südtiroler Gewerkschaftsbund (SGB) der neu gegründeten *Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori* (CISL) an.<sup>63</sup> 1964 folgte auf die ideologische

60 In der autonomen Region Aosta schloss die Regionalpartei *Union Valdôtaine* 1958 und 1959 Wahlbündnisse mit KPI und PSI gegen die DC und konnte damit bei Parlaments- und Regionalwahlen die Stimmenmehrheit erreichen. GATTERER, Im Kampf gegen Rom. Zu Südtiroler Landtagswahlergebnissen und Regierungszusammensetzungen vgl. Südtiroler Landesregierung (Hg.), Südtirol Handbuch, S. 77–89.

61 Vgl. PALLAVER, Ethnisches versus ideologisches Primat, S. 178–180.

62 JOHANNES, Die Sozialarbeit des K.V.W., S. 12–19.

63 Zum Austritt des SGB aus der CGIL siehe Katholisches Sonntagsblatt, 14.11.1948, S. 5–6.

Gewerkschaftsspaltung nochmals die ethnische. Unter Schirmherrschaft der SVP wurde parallel zum SGB der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund (ASGB) ins Leben gerufen, in dem ausdrücklich „kein Platz für Radaubröder und Klassenkampfspezialisten“ vorgesehen war.<sup>64</sup>

3) Geheimdienstliche Überwachungsmaßnahmen, mit denen die faschistische Geheimpolizei OVRA gegen Sozialisten und Kommunisten vorgegangen war, blieben im Klima des Kalten Krieges in den Grauzonen des demokratischen Rechtsstaats weiterhin praktikabel.<sup>65</sup> Die KPI-Sektion von Bozen war aufgrund des Grenzkonflikts mit Österreich bereits 1945 an leitender Stelle von einem Geheimdienstmitarbeiter unterwandert, der Informationen auskundschaftete und die Partearbeit bis zu seiner Enttarnung 1952 sabotierte.<sup>66</sup> Ähnlichen Zersetzungspraktiken waren eine 1961 kurzzeitig wiedergegründete Sozialdemokratische Partei Südtirols,<sup>67</sup> die 1966–1978 aktive Soziale Fortschrittspartei (SFP), die regionale 68er-Bewegung wie auch die KPI bis in die 1970er Jahre ausgesetzt.<sup>68</sup> Das Hauptaugenmerk der Geheimdienste lag indes auf dem Umfeld des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS), zumal Zielsetzungen und Methoden des deutschnationalen Separatismus – im Gegensatz zu den Ambitionen der Linksparteien – den italienischen Rechtsstaat offen herausforderten.<sup>69</sup>

4) In der öffentlichen Auseinandersetzung beförderte die Logik des Kalten Krieges die Initiierung aggressiver Negativkampagnen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, wobei Parteien und Presse sowohl altbekannte Stereotype aus katholischer<sup>70</sup> und nationalistischer<sup>71</sup> Tradition wiederbeleben,

64 Gründungsaufwurf des ASGB, erschienen in Dolomiten, 12.09.1964, S. 3.

65 SCHMIDT-EENBOOM, Vorwort.

66 Zur Zersetzungsarbeit von Carlo Bernardo Zanetti in den Reihen der KPI und der SFP sh. FRANCESCHINI, Geheimdienste, S. 220–226; GATTERER, „Männer des Friedens in die Gemeinden“.

67 Kreisky-Archiv, VII, Box 9, Sozialdemokratische Gruppen in Südtirol, Bericht von Heinz Damian und Friedrich Scheu an Bruno Kreisky vom 16. März 1962 über ihre Unterredung mit Vertretern der Sozialdemokratischen Partei Südtirols.

68 Die Aktivitäten osteuropäischer Nachrichtendienste, insbesondere jene aus der CSSR und der DDR, erfolgten in Südtirol nach gegenwärtigem Kenntnisstand unabhängig von lokalen KPI-Strukturen. Sie zielten in erster Linie auf militärstrategische Spionage und die Bespitzelung der rechtsextremen Aktivitäten rund um den Befreiungsausschuss Südtirol (BAS). Im Falle letzterer ging es um die Offenlegung von Kontakten in die BRD. FRANCESCHINI, Geheimdienste, S. 90–91 u. S. 241–245; KOLLER-SEIZMAIR, Interessen und Aktivitäten.

69 Zu den Geheimdienstaktivitäten rund um den Befreiungsausschuss Südtirol siehe PETERLINI, Bomben aus zweiter Hand, S. 9–49; STEININGER, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror.

70 Der Bischof von Brixen erklärte „Christentum und Kommunismus“ in seinem Hirtenbrief aus dem Jahr 1955 zu unvereinbaren Gegensätzen „wie Himmel und Hölle“ und jeden, „der der kommunistischen Partei und Lehre angehört und ihr Vorschub leistet, [für] exkommuniziert“. Joseph GARGITTER, Die Gefahr des Kommunismus in unserem Lande. In: Katholisches Sonntagsblatt, 09.10.1955, S. 1–2.

71 Die italienische Tageszeitung *L'Adige* diffamierte den aus Triest gebürtigen KPI-Funktionär Giorgio Jaksetich in Anspielung an die Traditionen des italienisch-jugoslawischen Grenzkonflikt als „slavo antiitaliano“, der in Südtirol mutmaßlich gegen italienische Interessen operiere. *L'Adige*, 11.07.1953, o. S.

als auch an den internationalen Kontext des Kalten Krieges<sup>72</sup> anknüpfen konnten. Den Linksparteien schadete die verschärfte Diskussionskultur in zweifacher Hinsicht: Zum einen erschwerte sie es diesen Parteien, in Auseinandersetzungen über Sachthemen einzutreten und sich hierüber als wählbare Alternative zu den Regierungsparteien zu profilieren.<sup>73</sup> Zum anderen waren linke Parteimitgliedschaften mittelfristig mit persönlichen und materiellen Nachteilen, nicht mit Profiten verbunden, was die Rekrutierung von Mitgliedern und die Herausbildung erfahrener Funktionärskader erheblich einschränkte. Der Betriebsrat Josef Gamper war beispielsweise infolge seiner Kandidatur auf einer unabhängigen, von der KPI unterstützten Dorfliste Anfang der 1950er Jahre „als katholisches Vereinsmitglied hinausgeschmissen“ worden. „Diese ganze Hetze“, bezeugte er Jahrzehnte später, „das hat mir weh getan. Auch meine Familie, meine Frau und meine beiden Kinder bekamen das stark zu spüren.“<sup>74</sup>

### Grenzen des Antikommunismus und seine Erschöpfung

Obwohl antikommunistische Politik im Kalten Krieg an Traditionen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert anknüpfte, unterschied sie sich in zweierlei Hinsicht vom Antikommunismus späthabsburgischer und faschistischer Prägung. Zum einen gelang es antikommunistischen Kräften in der Zeit des Kalten Krieges nicht mehr, die demokratischen Grundprinzipien Italiens und damit die Legalität der Linksparteien auszuhebeln (1). Zum anderen nahm der Einfluss des Antikommunismus auf Politik und Gesellschaft – anders als von 1848 bis 1945 – nicht tendenziell zu, sondern tendenziell ab (2).

ad 1) Die historisch gewachsene Angst vor einer kommunistischen Machtübernahme blieb in Italien trotz des breiten Verfassungskonsenses von 1948 bis Mitte der 1970er Jahre latent bestehen. Ihr entwachsen im Klima des Kalten Krieges mehrere Initiativen, die darauf abzielten, Kommunisten und Sozialisten neuerlich aus dem politischen System zu drängen. Einen

72 SVP-Parteiohmann Silvius Magnago warnte 1957 auf der historischen Protestkundgebung von Sigmundskron vor italienischer Zuwanderung, zumal sie Südtirol nicht nur in ethnischer, sondern auch in weltanschaulicher (kommunistischer) Hinsicht zersetze. Südtirol komme im „freien Europa“ strategische Bedeutung zu. Dolomiten, 18.11.1957, S. 2 u. 4.

73 Die Soziale Fortschrittspartei Südtirols berichtete noch 1968 über die Diskussionsverweigerung der SVP: „Der Bürgermeister von Feldthurns forderte am 28.01. in einer Versammlung der Volkspartei, in Anwesenheit des stellvertretenden Obmannes der SVP Dr. Brugger, seine Mitbürger auf, ‚die Mander von der Fortschrittspartei, überall wo sie auftreten, außizuschmeißn.‘ [...] In Dorf Tirol und in Neumarkt wurden fast alle Plakate der Fortschrittspartei abgerissen; [...] [Gasthauswirte] versuchten, unter allerlei Ausflüchten ihre Zusage zur Abhaltung einer Versammlung der Fortschrittspartei zurückzunehmen. [...] ‚Man‘ heizt bereits wieder die Atmosphäre an, ‚man‘ verteuftelt den politischen Gegner, ‚man‘ redet von ‚außischmeißn‘, hinter der vorgehaltenen Hand von ‚oschlogn‘. Wer steckt dahinter? Gewisse Führer der ehemaligen Sammelpartei, die nur im Haß und in der Hetze ihren Weizen gedeihen sehen.“ Der Fortschritt, 08.02.1968, S. 1.

74 GAMPER, Sie nannten mich den Kommunisten, S. 44–45.

ersten, verfassungskonformen Versuch in diese Richtung stellte 1953 die Verabschiedung eines undemokratischen Wahlgesetzes dar (*legge truffa*), das einem (de facto christdemokratischen) Parteienbündnis (unter Einschluss der SVP) bei Erreichen der absoluten Stimmenmehrheit zwei Drittel der Parlamentsmandate übertragen, und im Umkehrschluss den Einfluss der (linken) Opposition erheblich beschnitten hätte.<sup>75</sup>

Im außerparlamentarischen Raum versuchten rechtsextreme, teils geheimdienstlich angeleitete *Agents Provocateurs* in den frühen 1970er Jahren Konflikte mit linken Gruppierungen zu eskalieren, um solcherart eine autoritäre Machtübernahme nach spanischem, griechischem oder chilenischem Vorbild zu legitimieren (*anni di piombo*).<sup>76</sup> Südtirol avancierte infolge der separatistischen Anschläge aus dem Jahr 1961 zum frühen, wenn auch peripheren Exerzierfeld für diese „Strategie der Spannung“.<sup>77</sup>

Anders als die faschistischen Strafexpeditionen der 1920er Jahre führten die undemokratischen Ausgrenzungs- und Zersetzungspraktiken nach 1948 nicht mehr zum durchschlagenden Erfolg. Einerseits war der neofaschistisch-geheimdienstliche Terror zu schwach, um das organisatorische Rückgrat linker Parteien abermals zu brechen.<sup>78</sup> Andererseits gelang es vor allem der KPI, aus den Angriffen auf den Rechtsstaat politisches Kapital zu schlagen, indem sie als Verteidigerin der Republik auftrat und dadurch die Zweifel an ihrer demokratischen Gesinnung (*doppiezza*) sukzessive zerstreuen konnte: 1953 opponierten die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialisten erfolgreich gegen die *legge truffa*, deren Abschaffung nach Stimmenverlusten der DC einen Achtungserfolg der Linksoption darstellte.<sup>79</sup> Die terroristischen Angriffe aus dem rechtsextremen Milieu konterten die Kommunisten mit einer Annäherung an die DC (*compromesso storico*) – ein Schritt, den die Wählerinnen und Wähler bei den Parlamentswahlen 1976 wie auch bei den Südtiroler Landtagswahlen 1978 mit außerordentlichem Zuspruch goutier-

75 Vgl. PIRETTI, *La legge truffa*, S. 7–15.

76 Vgl. WOLLER, *Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert*, S. 284–297. Über den Terrorismus in Italien informiert ausführlich LAZAR/MATARD-BONUCCI (Hg.), *Il libro degli anni di piombo*.

77 Zu den Verwicklungen der italienischen Geheimdienste in den Südtirolterrorismus sh. FRANCESCHINI, *Geheimdienste*, S. 352–365.

78 In Südtirol bestanden kommunistische und sozialdemokratische Parteioorganisationen nach 1945 dank personeller und finanzieller Unterstützung aus Italien und Österreich. Das Zentralkomitee der KPI schickte regelmäßig Inspektoren nach Bozen, gewährte Finanzhilfen und arbeitete mit Kadern der KPÖ zusammen, die speziell die deutschsprachigen Parteimitglieder bei Pressearbeit und Wahlkampagnen unterstützen. Ähnliche Hilfe leistete die SPÖ in den 1960er Jahren dem SVP-internen „Arbeitskreis für sozialen Fortschritt“, der sich nach dem Parteiausschluss seines Vorsitzenden Egmont Jenny 1966 zur Sozialen Fortschrittspartei Südtirols (SFP) formierte. Auch diese Partei, die maßgeblich auf Bruno Kreiskys außenpolitischen Einsatz für die Südtirolautonomie zurückging, erhielt bis in die 1970er Jahre aus Wien und Innsbruck praktische und finanzielle Unterstützung. GATTERER, „Männer des Friedens in die Gemeinden!“, S. 10–16; GATTERER, „rote milben im gefieder“, S. 47–51; STEINER, *Findbuch*, S. 208–209.

79 Vgl. PIRETTI, *La legge truffa*, S. 7–15.



ten.<sup>80</sup> Die Ermordung des christdemokratischen Spitzenpolitikers Aldo Moro durch die linksextremen *Brigate Rosse* verhinderte 1978 zwar die Rückkehr der KPI an die Regierung, vermochte es aber nicht mehr, die mittlerweile gefestigte Massenpartei abermals an den Rand der Legalität zu drängen.<sup>81</sup>

In Südtirol spiegelte sich der linke Verfassungspatriotismus in der pro-autonomistischen Haltung von Sozialdemokraten und Kommunisten beider Sprachgruppen wider. Bis auf die ideologisch wenig fundierte, 1973 bis 1983 aktive Sozialdemokratische Partei Südtirols (SPS) lehnten alle Gruppierungen den separatistischen Terrorismus kategorisch ab. Auf italienischer Seite boten sich KPI und PSI der SVP als Koalitionspartner an und stimmten im italienischen Parlament für das Zweite Autonomiestatut, wobei die Sozialisten ab den 1960er Jahren als nationale Regierungspartei aktiv in die Autonomieverhandlungen involviert waren.<sup>82</sup> Auf deutschsprachiger Seite stellten die Soziale Fortschrittspartei (SFP, 1966–1978) und die regionale 68er-Bewegung die Autonomie ebensowenig infrage, sondern formulierten konstruktive Kritik an der regionalen Sozial- und Wirtschaftspolitik.<sup>83</sup> In Summe reichte der Autonomismus der Linken – analog zum Verfassungspatriotismus – zwar nicht aus, um das Regierungsmonopol von SVP und DC zu brechen, doch trug er im Klima des Kalten Krieges immerhin zur Konsolidierung linker Parteien im politischen System bei.

ad 2) Die Erschöpfung des Antikommunismus ergab sich aus dem Umstand, dass sich die radikalen Gegenpositionen im bürgerlichen wie im sozialistischen Lager mit zunehmender Dauer des Kalten Krieges abschwächten, wobei der Generationenwechsel und der soziale Wandel (letzterer als Folge der Etablierung von Wohlfahrtsstaat und Konsumgesellschaft) die Entideologisierung begünstigten.

Im Umfeld der DC bereiteten der Tod Alcide De Gasperi (1954), das Pontifikat Johannes XXIII. (1958–1963) und der US-amerikanische Präsidentenwechsel von Dwight D. Eisenhower zu John F. Kennedy (1961) das Terrain für die Bildung neuer Mitte-Links-Regierungen unter Einbeziehung des PSI im Jahr 1963 (*centrosinistra*). Diese strategische Neuausrichtung christdemokratischer Koalitionspolitik setzte sich auf Provinzialebene fort, wo jüngere DC-Politiker (Alcide Berloff, Armando Bertorelle, Lidia Menapace)

80 Bei den Parlamentswahlen 1976 erreichte die KPI in der Abgeordnetenkammer italienweit 34 Prozent der Stimmen und damit ihr historisch bestes Ergebnis. Bei den Wahlen zum Südtiroler Landtag wählten 1978 sieben Prozent der Wählerinnen und Wähler die Kommunisten, URL: <https://elezionistorico.interno.gov.it> [03.09.2021]; Südtiroler Landesregierung (Hg.), Südtirol Handbuch, S. 84.

81 Über die strategische Ausrichtung der KPI in den 1970er Jahren informiert BARBAGALLO, Enrico Berlinguer. Einen Überblick neueren Datums zur Geschichte der KPI gibt PONS, I comunisti italiani.

82 Vgl. GATTERER, Der andere Patriotismus, S. 439–447.

83 Vgl. GATTERER, „rote milben im gefieder“, S. 56 u. 170–174.

die nationalistische Führung um Angelo Facchin ablösen und von 1965 bis 1994 die italienischen Assessorate in der Südtiroler Landesregierung mit PSDI- oder PSI-Mandataren teilen.<sup>84</sup>

Auf deutschsprachiger Seite hielt die „Wehrmachtsgeneration“ um Landeshauptmann Silvius Magnago (der von 1960 bis 1989 amtierte) den strikten Antikommunismus noch bis in die 1970er Jahre aufrecht, zumal sich der Übergang von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft und daraus resultierende Wählerverschiebungen in den Südtiroler Landgemeinden zeitverzögert einstellten.<sup>85</sup> Erst infolge der Stimmenverluste an SFP, SPS und den deutschsprachigen Kandidaten der KPI bei den Landtagswahlen 1973 schwenkte die SVP auf die moderatere Linie der DC ein und erklärte sich in ihren geänderten Statuten „offen für Sozialdemokraten, die nicht den klassenkämpferischen Dogmatismus vertreten“.<sup>86</sup> Die neue, parteiinterne Gruppe *Arbeitnehmer in der SVP* drängte die sozialdemokratischen Oppositionsparteien bei den Regionalwahlen 1983 aus dem Landtag, erwirkte aber gleichzeitig – analog zur Reformagenda des *centrosinistra* – eine leichte Sozialdemokratisierung der Regionalverwaltung im Sanitäts-, Bildungs-, und Wohnbaubereich.<sup>87</sup>

Zeitlich versetzt ebte auch die antikommunistische Propaganda ab. Ende der 1970er Jahre adressierte die SVP-Führungsriege ihre konservative Stammwählerschaft noch mit entsprechenden Parolen, doch wirkten diese gerade auf jüngere, höher gebildete Südtirolerinnen und Südtiroler in zunehmendem Maße antiquiert.<sup>88</sup> Spätestens Mitte der 1980er Jahre versprachen antikommunistische Kampagnen keinen politischen Ertrag mehr, zumal mit der Reformpolitik Michail Gorbatschows, dem Scheitern der sowjetischen Invasion in Afghanistan und der Ausreisewelle aus der DDR das Bedrohungspotential des Kommunismus erloschen war.<sup>89</sup> In Anbetracht der regionalen Wahlerfolge der italienischen Neofaschisten und des Südtiroler Heimatbundes,<sup>90</sup> die in dieser Zeit als Gegner der Südtirolautonomie Zuspruch

84 Vgl. ROMEO, *L'avvio del centrosinistra*, S. 88–91. Zur personellen Besetzung der Südtiroler Landesregierungen sh. Südtiroler Landesregierung (Hg.), *Südtirol Handbuch*, S. 77–89.

85 Vgl. ATZ, *Verschobene Grenzen. Über den Strukturwandel im europäischen Maßstab* sh. RAPHAEL, *Jenseits von Kohle und Stahl*.

86 Parteiprogramm der Südtiroler Volkspartei, zit. nach DAPUNT, *Sozialdemokratie in Südtirol*, S. 164.

87 GATTERER, „rote milben im gefieder“, S. 51–54.

88 Als 1976 in Rom die Regierungsbeteiligung der KPI in greifbare Nähe rückte, erklärte SVP-Senator Peter Brugger: „Se dovessero andare al potere i comunisti, o un governo frontista, noi sudtirolesi potremmo anche chiedere l'autodistruzione.“ 1978 attackierten die Tageszeitung *Dolomiten* und die Jugendorganisation der SVP die Vorsitzenden der Südtiroler Hochschülerschaft für deren Treffen mit einer KPI-Delegation. Die Studierenden wiesen die Kritik in einem Offenen Brief als inakzeptabel zurück. Infolge der Unterstützung durch 83 Mitunterzeichner aus dem öffentlichen Leben (von denen nur zwei Mitglied der KPI waren) erzeugte der „Brief der 83“ relative Breitenwirkung. *L'Adige*, 05.06.1976, S. 1; *Südtiroler Volkszeitung*, 09.06.1978, S. 1–2.

89 Vgl. DOERING-MANTEUFFEL, *Der Antikommunismus in seiner Epoche*, S. 26–28.

90 Die Neofaschisten (MSI) erreichten 1983 knapp sechs Prozent der Stimmen, 1988 zehn Prozent. Der Südtiroler Heimatbund schaffte 1983 und 1988 mit jeweils zwei Prozent den Einzug in den Landtag. *Südtiroler Landesregierung* (Hg.), *Südtirol Handbuch*, S. 85 f.

generierten, sendete die SVP in Richtung der an Wählerzuspruch verlierenden proautonomistischen Linken sogar späte Signale der Akzeptanz: „Die Zeiten ändern sich“, erklärte denn auch Landeshauptmann Silvius Magnago 1987 in einem Interview mit der kommunistischen Tageszeitung *L'Unità*:

„Vor fünf Jahren wäre es mir nicht in den Sinn gekommen, auf einer Veranstaltung der KPI zu sprechen und nun werde ich in wenigen Tagen in Moena sein, auf der *Festa Nazionale de ,l'Unità' sulla neve*, weil ich zu den Italienern sprechen möchte und weil die KPI 1969 für das Südtirolpaket gestimmt hat.“<sup>91</sup>

Die Entspannung des Ost-West-Konflikts und die Annäherung zwischen sozialdemokratischen, kommunistischen und christdemokratischen Parteien veränderte letztlich auch Ideologie und Programmatik der Linksopposition, sodass sie mit den traditionellen Stereotypen des Antikommunismus nicht mehr zu fassen war. Die aus der 68er-Bewegung hervorgegangene *Neue Linke* inspirierte sich nicht am orthodoxen Marxismus, sondern versuchte insbesondere in Italien christliche, bürgerliche und sozialistische Traditionen des Dissenses miteinander zu verbinden (z. B. *Lotta continua*). In Südtirol erreichte sie als *Neue Linke/Nuova sinistra* (NL/NS) unter Führung Alexander Langers 1978 ihr erstes Landtagsmandat und wurde zehn Jahre später als grün-alternative Liste dauerhaft stärkste Linkspartei (6,7 Prozent im Jahr 1988). Ihr relativer Erfolg stand mit dem Kalten Krieg nur mehr insofern in Verbindung, als dass Langer den Geist der Friedensbewegung (gegen den NATO-Doppelbeschluss 1979) auf die regionalen Verhältnisse übertrug, indem er der separierenden Autonomieregelung des „ethnischen Proporz“ die Idee der gegenseitigen Integration beider Sprachgruppen entgegenstellte.<sup>92</sup> Diese „interethnische“ Kernidentität der grün-alternativen Bewegung nahm weder an klassenkämpferischen noch an religionskritischen Traditionen Anleihen. Im Umfeld der SVP (weit weniger unter den italienischen Parteien) weckte sie zwar die Urangst vor kulturellem Identitätsverlust, doch speiste sich diese nicht aus Erfahrungen mit dem Kommunismus, sondern aus dem Trauma der faschistischen Entnationalisierungspolitik.<sup>93</sup>

91 Silvius Magnago im Wortlaut des Interviews: „Abbiamo sbagliato quando abbiamo pensato in tutti questi anni, che noi della SVP dovevamo parlare ai cittadini di lingua tedesca mentre i partiti italiani dovevano rivolgersi a quelli di lingua italiana. [...] I tempi cambiano. Cinque anni fa non mi sarebbe nemmeno passato per la testa di andare a parlare ad una iniziativa del Pci invece fra qualche giorno sarò a Moena alla Festa Nazionale de ,l'Unità' sulla neve. Perché voglio parlare agli italiani e perché il Pci nel '69 ha votato per il pacchetto.“ *L'Unità*, 09.01.1987, S. 7.

92 Vgl. DOERING-MANTEUFFEL, *Der Antikommunismus in seiner Epoche*, S. 26–28; GATTERER, „rote milben im gefieder“, S. 159–165.

93 Silvius Magnago bezeichnete Langers interethnische Politik als „Chloroformtaktik“. „Friedliche Integrierung heißt langsam einlullen, die Leute einschläfern, vergessen lassen usw. [...] das ist gefährlicher wie die faschistische Politik, weil da [bei der faschistischen Politik] erkennt man die Gefahr, da wird gesagt, was sie wollen. Sie wollen uns entnationalisieren, sie wollen ethnische Säuberungen usw. und das ist ganz klar während die Chloroformtaktik gefährlich ist, aus diesen Gründen.“ Silvius Magnago im Interview mit Christoph Franceschini für den Dokumentarfilm *Macht weiter was gut war. Alexander Langer 1946–1995*, Rai Sender Bozen 1997, zit. nach: GATTERER, *Die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung*, S. 506.

## Fazit

Der Kalte Krieg beeinflusste sowohl die internationalen Verhandlungen um Staatszugehörigkeit und Autonomie Südtirols als auch die innenpolitische Diskussionskultur und die Koalitionsstrategien der politischen Parteien in der Region. In Bezug auf die Grenz- und Autonomiefrage beförderte er das Zustandekommen einer diplomatischen Lösung zwischen Österreich und Italien, zumal die stabile Machtbalance im Nachkriegseuropa eine Steigerung des Südtirolterrorismus zur militärischen Grenzrevision verunmöglichte. Zeitgleich schufen die westliche Wertegemeinschaft und der Prozess der europäischen Integration einen sicheren Rahmen, der ein ergebnisloses Abreißen der Autonomieverhandlungen erschwerte. Obwohl Italien die Fixierung auf die Diplomatie zur zeitlichen Verschleppung einer Neuregelung nutzte, steigerte der innerwestliche Charakter des Südtirolproblems die grundsätzliche Kompromissbereitschaft der Streitparteien und verhinderte, dass die Implementierung der ausverhandelten Lösung von etwaigen Spannungen am Eisernen Vorhang in Mitleidenschaft gezogen wurde. – Insgesamt hatte der Kalte Krieg auf die Entwicklung der Südtirolautonomie somit positive Auswirkungen.

Innenpolitisch stärkte die westeuropäische Staatsräson des Antikommunismus in Italien wie auch in Südtirol die traditionelle Vormachtstellung des christlich-konservativen Lagers. Auf nationaler und auf regionaler Ebene erschwerte sie die Einbeziehung kommunistischer, aber auch sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien in Koalitionsregierungen und reduzierte die öffentliche Debatte mit der politischen Linken auf ausgrenzende Negativkampagnen, die eine sachliche Auseinandersetzung mit konstruktiver Kritik erheblich einschränkten. Das Bedrohungsszenario feindlicher Unterwanderung erlaubte staatlichen Behörden überdies die Fortsetzung geheimdienstlicher Überwachungs- und Zersetzungspraktiken, wengleich diese in ihrer Intensität nicht mehr an die politische Verfolgung von Sozialdemokraten und Kommunisten in den Jahren 1922–1945 heranreichten. – Im Gegensatz zu den positiven Auswirkungen auf die Autonomieverhandlungen beeinflusste der Kalte Krieg den demokratischen Parteienwettbewerb in Südtirol somit auf negative Weise.

Obwohl – oder gerade weil – der Antikommunismus des Kalten Krieges die Entwicklung der demokratischen Kultur hemmte, trug er im ersten Nachkriegsjahrzehnt zur Stabilisierung der Nachkriegsgesellschaft bei. Er federte den Systembruch am Ende des Zweiten Weltkriegs ab, indem er faschistisch-nationalsozialistische Verbrechen an Kommunisten beziehungsweise in der Sowjetunion relativierte und damit zur Aufrechterhaltung einer fragwürdigen Elitenkontinuität beitrug. Gleichzeitig harmonisierten die antikommunistischen Traditionen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert mit dem nationalen und westeuropäischen Kontext, in den Südtirol in den

Jahren 1947–1991 eingebettet war. In der regionalen Innenpolitik schuf dieser Kontext die äußere Klammer, mit der die Dauerkoalition der christdemokratischen Mehrheitsparteien SVP und DC auch in Phasen ethnischer Anspannung zusammengehalten werden konnte.

Wenngleich die Logik des Kalten Krieges die Ungleichbehandlung linker Parteien in Südtirol beförderte, kam der Antikommunismus nach 1948 nicht mehr zur vollen Entfaltung. Kommunistische und sozialdemokratische Parteien behielten durchgehend legalen Status, zumal sie die republikanische Verfassung Italiens (einschließlich der Regionalautonomie für Südtirol) mitbegründet hatten und deren demokratische Grundprinzipien konsequent verteidigten. Mit zunehmender Dauer des Kalten Krieges beförderten Generationenwechsel und sozialer Wandel die stete Annäherung zwischen dem sozialistischen und dem bürgerlichen Lager. Sie konkretisierte sich ab den 1960er Jahren in der Bildung von Mitte-Links-Regierungen auf Staats- und Provinzialebene sowie in der Einbeziehung der italienischen und österreichischen Sozialisten in die Verhandlungen um das Zweite Autonomiestatut.

Der internationale Niedergang des Realsozialismus und die Erosion klassischer Arbeitermilieus veränderten in den frühen 1980er Jahren auch Ideologie und Wählermilieu im linken Parteienspektrum. Der traditionelle Antikommunismus erschöpfte sich dadurch bereits vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion – zum einen, weil das Bedrohungspotential des Kommunismus auch in Südtirol infolge des steten Wählerschwunds sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien faktisch erloschen war. Zum anderen entzog sich die aus der 68er-Bewegung hervorgegangene Neue Linke antikommunistischer Stigmatisierung, da sie sich an der Friedens- und Umweltbewegung orientierte, die aus der bipolaren Logik des Kalten Krieges bereits ausgebrochen war.

## Bibliografie

- Hermann ATZ, *Verschobene Grenzen. Strukturwandel und ethnische Arbeitsteilung.* In: Anton HOLZER et al. (Hg.), *Nie nirgends daheim. Vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in Südtirol*, Bozen 1991, S. 155–164
- Francesco BARBAGALLO, Enrico Berlinguer, il compromesso storico e l'alternativa democratica. In: *Studi Storici* 45 (2004), 4, S. 939–949
- Michael BEER, *Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe*, Berlin 1924 (Reprint 1971)
- Thomas CASAGRANDE, *Südtiroler in der Waffen-SS. Vorbildliche Haltung, fanatische Überzeugung*, Bozen 2015
- Laurence COLE, „Für Gott, Kaiser und Vaterland“. Nationale Identität der deutschsprachigen Bevölkerung Tirols 1860–1914, Frankfurt a. M. 2000
- Martin CONWAY, *Democracy in Postwar Western Europe. The Triumph of a Political Model.* In: *European History Quarterly* 32 (2002), 1, S. 59–84
- Stefan CREUZBERGER/Dierk HOFFMANN, *Antikommunismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland.* In: DIES. (Hg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. *Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik*, München 2014, S. 1–13

- Martin DAPUNT, Die Sozialdemokratie in Südtirol, ungedr. Diplomarbeit, Universität Innsbruck 2000
- Andrea Di MICHELE, *Storia dell'Italia repubblicana*, Milano 2008
- Andrea Di MICHELE, L'Alto Adige e la „doppia“ epurazione. In: Giorgio MEZZALANA et al. (Hg.), *Dalla liberazione alla ricostruzione. Alto Adige/Südtirol 1945–1948*, Bolzano 2013, S. 9–32
- Anselm DOERING-MANTEUFFEL, Der Antikommunismus in seiner Epoche. In: Norbert FREI/Dominik RIGOLL (Hg.), *Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA*, Göttingen 2017, S. 11–29
- Bernd FAULENBACH, Erscheinungsformen des „Antikommunismus“. Zur Problematik eines vieldeutigen Begriffs. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2011), S. 1–14
- Guido FORMIGONI, *Storia d'Italia nella guerra fredda (1943–1978)*, Bologna 2016
- Christoph FRANCESCHINI, Geheimdienste, Agenten, Spione. Südtirol im Fadenkreuz fremder Mächte, Bozen 2020
- Mimmo FRANZINELLI, In den Fängen der OVRA. Die politische Polizei des Faschismus und deren Mitarbeiter. In: Gerald STEINACHER (Hg.), *Im Schatten der Geheimdienste. Südtirol 1918 bis zur Gegenwart*, Innsbruck/Wien/Bozen 2003, S. 37–74
- Josef GAMPER, Sie nannten mich den Kommunisten. In: Othmar KIEM, *Harte Arbeit – karger Lohn. Lebensgeschichten von „Fabriklern“ und anderen Lananern*, Lana 1995, S. 44–45
- Claus GATTERER, Unter seinem Galgen stand Österreich. Cesare Battisti. Porträt eines „Hochverrätters“, Wien/Frankfurt/Zürich 1967
- Claus GATTERER, Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien, Wien/Frankfurt/Zürich 1968
- Joachim GATTERER, „rote milben im gefieder“. Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol, Innsbruck/Wien/Bozen 2009
- Joachim GATTERER, „Männer des Friedens in die Gemeinden!“ Wie Kommunisten aus Italien und Österreich 1952 damit begannen, in Südtirol eine „demokratische Massenbewegung“ aufzubauen. In: *Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft* 20 (2013), 3, S. 10–16
- Joachim GATTERER, Im regionalen Unterbewusstsein. Fragmente kommunistischer Erinnerung im ethnisch gespaltenen Gedächtnis Südtirols. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2014), S. 47–62
- Joachim GATTERER, Die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung in Tirol und Südtirol. Vorarbeiten und Quellensammlung für eine Dokumentation ihrer Geschichte, ungedr. Diss., Universität Innsbruck 2017
- Joachim GATTERER, Der andere Patriotismus: Sozialistische Beiträge zur Nationalitätenfrage in Tirol und Südtirol 1890–1992. Ein Überblick. In: Andrea Di MICHELE et al. (Hg.), *Die schwierige Versöhnung. Italien, Österreich und Südtirol im 20. Jahrhundert*, Bozen 2020, S. 419–453
- Claudia C. GATZKA, Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 179), Berlin 2019
- Michael GEHLER, Von der halben Autonomie zur inneren Selbstbestimmung. Erweiterte Thesen zur verspäteten Demokratieentwicklung und verzögerten Europäisierung Südtirols. In: Hannes OBERMAIR/Stephanie RISSE/Carlo ROMEO (Hg.), *Regionale Zivilgesellschaft in Bewegung / Cittadini inanzi tutto. Festschrift für / Scritti in onore di Hans Heiss*, Wien/Bozen 2012, S. 325–342
- Michael GEHLER, Verspielte Selbstbestimmung und verweigerte Autonomie 1945–1948. Das Pariser Abkommen – keine Magna Charta für Südtirol! In: Walter OBWEXER/Eva PFANZELTER (Hg.), *70 Jahre Pariser Vertrag*, Wien 2017, S. 63–96
- Robert GERWARTH, Die Geburt des Antibolschewismus. In: Norbert FREI/Dominik RIGOLL (Hg.), *Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA*, Göttingen 2017, S. 49–74
- Gesellschaft der Freunde Südtirols (Hg.), *Südtirol im Jahre 1947 (Unterlagensammlung Nr. 17)*, Innsbruck 1948

- David M. GLANTZ, *Stumbling Colossus. The Red Army on the Eve of World War*, Lawrence 1998
- Maximilian GRAF/Agnes MEISINGER (Hg.), *Österreich im Kalten Krieg*, Wien 2016
- Christian HARTMANN, *Unternehmen Barbarossa. Der deutsche Krieg im Osten 1941–1945*, München 2011
- Hans HEISS/Gustav PFEIFER, Einleitung. In: DIES. (Hg.), *Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946* (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 10), Innsbruck/Wien/München 2000, S. 9–20
- Hans HEISS, Fortschritt und Grenzen des Regionalismus. Südtirol nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Michael G. MÜLLER/Rolf PETRI (Hg.), *Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen* (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 16), Marburg 2002, S. 195–229
- Lothar HÖBELT, *Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918*, Wien 1993
- Eric HOBBSAWM, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München<sup>11</sup>2012
- Rainer HOFMANN/Horst SCHREIBER (Hg.), *Sozialdemokratie in Tirol. Die Anfänge*, Krailing 2003
- Harald JOHANNES, *Die Sozialarbeit des K.V.W. (Beiträge zur alpenländischen Wirtschafts- und Sozialforschung 47)*, Innsbruck 1969
- Michaela KOLLER-SEIZMAIR, Die Interessen und Aktivitäten der DDR-Staatsicherheit in Südtirol. In: *Zeitschrift für Politik* 53 (2006), 4, S. 454–472
- Karl KRAUS, *Die letzten Tage der Menschheit. Tragödie in fünf Akten mit Vorspiel und Epilog*, Frankfurt a. M. 1986 [1918/19]
- Marc LAZAR/Marie-Anne MATARD-BONUCCI (Hg.), *Il libro degli anni di piombo. Storia e memoria del terrorismo italiano*, Milano 2010
- Stefan LECHNER, *Die Eroberung der Fremdstämmigen. Provinzfaschismus in Südtirol 1921–1926*, Innsbruck 2005
- Josef MACEK, *Der Tiroler Bauernkrieg* und Michael Gaismair, Berlin 1965
- Karl MARX/Friedrich ENGELS, *Manifest der Kommunistischen Partei*, London 1848
- Gerhard OBERKOFER, *Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs* (Materialien zur Arbeiterbewegung 13), Wien 1979
- Amedeo OSTI GUERRAZZI, Antikommunismus im italienischen Faschismus. In: Norbert FREI/Dominik RIGOLL (Hg.), *Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA*, Göttingen 2017, S. 158–174
- Günther PALLAVER, Schlamm drüber. In: Hans HEISS/Gustav PFEIFER (Hg.), *Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946* (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 10), Innsbruck/Wien/München 2000, S. 256–280
- Günther PALLAVER, *Südtirols politische Parteien 1945–2005*. In: Giuseppe FERRANDI/Günther PALLAVER (Hg.), *Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert*, Bd. 1: Politik und Institutionen, Trient 2007, S. 589–628
- Günther PALLAVER, *Die Option im Jahr 1939. Rahmenbedingungen, Ablauf und Folgen*. In: DERS./Leopold STEURER (Hg.), *Deutsche! Hitler verkauft Euch! Das Erbe von Weltkrieg und Option in Südtirol*, Bozen 2011, S. 13–34
- Günther PALLAVER, *Ethnisches versus ideologisches Primat. Südtirol, die Südtiroler Volkspartei und der Kalte Krieg*. In: Hans MIKOSCH/Anja OBERKOFER (Hg.), *Gegen üble Tradition, für revolutionär Neues. Festschrift für Gerhard Oberkofler*, Innsbruck/Wien/Bozen 2012, S. 171–185
- Günther PALLAVER, *South Tyrol. Ethnic Winner in the Cold War*. In: Robert KNIGHT (Hg.), *Ethnicity, Nationalism and the European Cold War*, London/New York 2012, S. 147–171
- Günther PALLAVER, *Südtirols Parteien. Analysen, Trends und Perspektiven*, Bozen 2018
- Ilaria PAVAN, *Lo stato sociale del fascismo. Continuità, fratture, mediazioni*. In: Giulia ALBANESE (Hg.), *Il fascismo italiano. Storia e interpretazioni*, Roma 2021, S. 211–236
- Hans Karl PETERLINI, *Bomben aus zweiter Hand. Zwischen Gladio und Stasi: Südtirols missbrauchter Terrorismus*, Bozen 1992
- Maria Serena PIRETTI, *La legge truffa. Il fallimento dell'ingegneria politica*, Bologna 2010

- Irmgard PLATTNER, Fin de Siècle in Tirol. Provinzkultur und Provinzgesellschaft um die Jahrhundertwende, Innsbruck/Wien 1998
- Silvio PONS, I comunisti italiani e gli altri. Visioni e legami internazionali nel mondo del Novecento, Torino 2021
- David PRIESTLAND, Weltgeschichte des Kommunismus. Von der Französischen Revolution bis heute, Köln 2014
- Luis RAFFEINER, Wir waren keine Menschen mehr. Erinnerungen eines Wehrmachtssoldaten an die Ostfront, Bozen 2010
- Lutz RAPHAEL, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2021
- Helmut REINALTER, Geschichte der Demokratie in Tirol. In: DERS. (Hg.), Anno neun 1809–2009. Kritische Studien und Essays, Innsbruck/Wien/Bozen 2009, S. 280–300
- Rerum Novarum*. In: Geschichte und Region / Storia e regione 2 (1993), 1
- Eduard REUT-NICOLUSSI, Tirol unterm Beil, München 1928
- Carlo ROMEO, L'avvio del centrosinistra in Italia e la questione altoatesina. In: Gustav PFEIFER/Maria STEINER (Hg.), Bruno Kreisky und die Südtirolfrage / Bruno Kreisky e la questione altoatesina (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs, Sonderband 4), Bozen 2016, S. 87–94
- Erich SCHMIDT-EENBOOM, Vorwort. In: Christoph FRANCESCHINI, Geheimdienste, Agenten, Spione. Südtirol im Fadenkreuz fremder Mächte, Bozen 2020, S. 9–15
- Richard SCHOBER, Geschichte des Tiroler Landtages im 19. und 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 4), Innsbruck 1984
- Maria STEINER, Findbuch zu den Südtirol-Archivalien im Kreisky-Archiv in Wien. In: Gustav PFEIFER/Maria STEINER. (Hg.), Bruno Kreisky und die Südtirolfrage / Bruno Kreisky e la questione dell'Alto Adige (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs, Sonderband 4), Bozen 2016, S. 163–362
- Rolf STEININGER, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck/Wien 1997
- Rolf STEININGER, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969, 3 Bde. (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 6–8), Bozen 1999
- Rolf STEININGER, Das Gruber-De Gasperi-Abkommen. Südtirols Magna Charta. In: Walter OBWEXER/Eva PFANZELTER (Hg.), 70 Jahre Pariser Vertrag, Wien 2017, S. 31–61
- Leopold STEURER, Südtirol zwischen Rom und Berlin. 1919–1939, Wien/München/Zürich 1980
- Leopold STEURER, Südtirol 1943–1946. Von der Operationszone Alpenvorland zum Pariser Vertrag. In: Hans HEISS/Gustav PFEIFER (Hg.), Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 10), Innsbruck/Wien/München 2000, S. 48–106
- Südtiroler Landesregierung (Hg.), Südtirol Handbuch, Bozen 2013
- Philipp TRAFÖJER, La Voce del Padrone. Der Standpunkt: Ein italienisches Propagandamedium in Südtirol 1947–1957. In: Gerald STEINACHER (Hg.), Im Schatten der Geheimdienste. Südtirol 1918 bis zur Gegenwart, Innsbruck/Wien/Bozen 2003, S. 161–186
- Kathrin WEBER, Italiens Weg in die NATO 1947–1949. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), 2, S. 197–221
- Odd Arne WESTAD, Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte, Stuttgart 2020
- Michael WILDT, Antikommunismus und Nationalsozialismus. In: Norbert FREI/Dominik RIGOLL (Hg.), Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA, Göttingen 2017, S. 94–110
- Andreas WIRSCHING, Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur, 1917–1945. In: Stefan CREUZBERGER/Dierk HOFFMANN (Hg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 15–28
- Hans WOLLER, Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert, München 2010



Joachim Gatterer, *La Guerra fredda in Alto Adige/Südtirol. Un bene per l'autonomia, un male per la democrazia?*

Il contributo indaga le modalità con cui la logica della Guerra fredda ha influenzato sul piano locale la politica dell'Alto Adige/Südtirol. A questo riguardo l'autore distingue tra i negoziati internazionali sulla sovranità nazionale e sull'autonomia altoatesina e lo sviluppo della competizione democratica dei partiti nella regione.

Riguardo al problema dei confini e dell'autonomia, la Guerra fredda favorì il raggiungimento di una soluzione diplomatica tra Austria e Italia: la stabilità dell'equilibrio di poteri nell'Europa del dopoguerra rese impossibile che il terrorismo sudtirolese sfociasse in una revisione militare dei confini. Al tempo stesso la condivisione dei valori "occidentali" e il processo d'integrazione europea crearono una salda cornice entro la quale sarebbe stato difficile che i negoziati sull'autonomia si interrompessero senza risultati. Sebbene l'Italia abbia usato la fissazione per la diplomazia allo scopo di ritardarne una nuova regolamentazione, la questione sudtirolese era un problema interno all'Occidente e ciò rafforzò la disponibilità al compromesso delle parti in causa e impedì che l'attuazione della soluzione negoziata potesse essere condizionata da eventuali tensioni sulla "cortina di ferro".

Riguardo alla politica interna, tuttavia, la "ragion di Stato" dell'anticomunismo, caratterizzante l'intera Europa occidentale, condizionò a livello locale lo sviluppo di una cultura democratica. Sia a livello nazionale che regionale, essa ostacolò l'inclusione nei governi di coalizione dei partiti comunisti (ma anche socialisti e socialdemocratici) e ridusse il dibattito pubblico con le sinistre politiche a campagne propagandistiche negative, mirate all'esclusione. Esse limitarono sostanzialmente le possibilità di un dibattito obiettivo e criticamente costruttivo. Il minaccioso scenario di possibili infiltrazioni nemiche, inoltre, consentì alle autorità statali di continuare le pratiche di sorveglianza e disgregazione affidate ai servizi segreti, anche se queste nella loro intensità non si avvicinarono ai livelli raggiunti dalla persecuzione politica dei socialdemocratici e dei comunisti negli anni 1922–1945.

Condizionando lo sviluppo della cultura democratica in Alto Adige/Südtirol, l'anticomunismo della Guerra fredda contribuì nel primo decennio del dopoguerra alla stabilizzazione della società postbellica, collegandosi, pur in forme indebolite, alle tradizioni ideologiche ottocentesche e ai traumi della guerra di sterminio contro l'Unione Sovietica. Al tempo stesso questo substrato storico si armonizzava con il contesto dell'Europa occidentale entro il quale la provincia era inserita nel periodo 1947–1991. Sul piano politico regionale, il contesto europeo svolse una funzione di collante che riuscì per lungo tempo a tenere insieme, anche nelle fasi di tensione etnica, la coalizione dei due partiti di maggioranza, SVP e DC, entrambi di ispirazione cristiano-popolare.

Benché anche in Alto Adige/Südtirol la logica della Guerra fredda abbia promosso una disparità di trattamento nei confronti dei partiti di sinistra, dopo il 1948 l'anticomunismo non si sviluppò fino all'estrema conseguenza. I partiti comunisti e socialdemocratici mantennero sempre uno status di legalità: essi erano stati anzi co-fondatori della Costituzione repubblicana italiana (e anche dell'autonomia regionale per l'Alto Adige) e avevano difeso con coerenza i suoi principi democratici fondamentali. Nel lungo corso della Guerra fredda, inoltre, le metamorfosi generazionali e sociali portarono a un costante avvicinamento tra il campo socialista e quello borghese. Esso si concretizzò a partire dagli anni Sessanta nella formazione di governi di centro-sinistra, sia a livello statale che provinciale, e nel coinvolgimento dei socialisti italiani e austriaci nelle trattative sul secondo Statuto di Autonomia.

All'inizio degli anni Ottanta il declino internazionale del socialismo reale e l'erosione dei tradizionali *milieu* della classe operaia si riflessero anche nell'ideologia e nelle fasce di elettori all'interno dei partiti di sinistra. Di conseguenza si esaurì l'anticomunismo tradizionale, da un lato perché il potenziale di minaccia del comunismo era nei fatti venuto meno, dall'altro perché la giovane generazione della "nuova sinistra" non si orientava più verso il marxismo ortodosso, bensì verso il movimento pacifista e ambientalista, già estraneo alla logica bipolare della Guerra fredda.